

# Berlin kann mehr - Signal des Aufbruchs für die Berliner Union

„Mein Name ist Friedbert Pflüger. Ich will Regierender Bürgermeister von Berlin werden.“

Gleich mit diesen ersten Sätzen hatte Friedbert Pflüger die begeisterten Delegierten auf seiner Seite. Es folgte eine mitreißende Tour d'Horizon durch die Berliner Landespolitik. Ins Zentrum seiner Rede stellte Pflüger die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik. Auf diesen Feldern griff er Rot/Rot scharf an: „Der Senat hat es versäumt, bei 19 Prozent Arbeitslosigkeit, den Standort Berlin zu sichern.“ Rot-Rot sei ein einziges „Investitionsabschreckungsprogramm“, stehe für Minuswachstum. Pflüger: „Berlin muss sich viel stärker um Investoren bemühen, als dies bisher der Fall gewesen ist“. Pflüger kritisierte Wowereits Berlin-Motto „arm, aber sexy“: „Die Menschen halten diesen Spruch für zynisch.“ Unter Rot-Rot sei die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen und liege um mehr als ein Drittel höher



„Was mich stört, ist die Zeitgleichheit von Dauerfete einerseits und wachsender Armut andererseits.“

als im Bundesdurchschnitt. Rot-Rot habe die Stadt nicht sozialer, sondern ärmer gemacht. Pflüger sagte weiter: „Ich bin nicht gegen Partys und Feiern und ich bin auch

kein spießiger Spaßverderber, aber was mich stört, ist die Zeitgleichheit von Dauerfete einerseits und wachsender Armut andererseits.“ Der Skandal an

der Rütli-Hauptschule, der nur die Spitze eines Eisberges sei, zeige, dass auch in der Berliner Bildungspolitik etwas geschehen müsse. Pflüger sagte dem

auch verstanden wird. Das kann nur ein unionsgeführter Senat.“ Die Delegierten dankten ihrem Spitzenkandidaten mit minutenlangen Standing Ovations.

Unterrichtsausfall von 600.000 Schulstunden jährlich den Kampf an und schlug vor, an den Hauptschulen Berufsausbildungsmodulen in den Klassenstufen 9 und 10 einzuführen. Auch müsse der Religionsunterricht, so Pflüger, wieder gleichwertiges Wahlpflichtfach werden. Die Begeisterung unter den Delegierten war groß als Pflüger – anknüpfend an die vorausgegangene Rede Angela Merkels – den Wechsel in Berlin am 17. September anmahnte: „Wenn sich Bund und Länder stärker für die Hauptstadt einsetzen sollen, muss Berlin eine Politik machen, die außerhalb der Stadt

## Merkel fordert mehr CDU für Berlin

**Die Botschaft der Kanzlerin war eindeutig. „Wenn sich der Bund für Berlin einsetzen soll, muss in Berlin auch vernünftig Politik gemacht werden.“**

Das ist im Moment nicht

der Fall“, sagte sie als Gastrednerin auf dem CDU-Landesparteitag. In ihrer Rede im Kino Babylon empfahl die Kanzlerin ihn für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin.

Beide kennen und schätzen sich seit Jahren. Während dieser Zeit sind sie auch zum persönlicheren „Du“ übergegangen. Für beide ist Berlin nicht nur Dienstort sondern auch Wohnort und Lebensmittelpunkt. Und damit ist Angela Merkel das Wohl der Hauptstadt auch ein persönliches Anliegen. „Berlin ist mir eine wichtige zweite Heimat geworden“, sagte sie. „Daher liegt mir das Schicksal der Stadt sehr am Herzen. Berlin als Schaufenster Deutschlands könnte besser dastehen, aber dafür braucht es mehr CDU.“ Auf die aktuelle Misere an der Rütli-Hauptschule eingehend, benannte Angela Merkel die Verant-



wortlichen im rot-roten Senat und deren Versagen. „Wer Briefe wochenlang herumliegen lässt, der hat nicht den Anspruch, dass gut über ihn gesprochen wird.“ Gemeint ist Schulsekretär Böger, der den Hilferuf der 31 Lehrer der Rütli-Hauptschule zunächst ignoriert hatte. Die Kanzlerin versprühte Optimismus auf dem Parteitag, verbunden mit der Hoffnung auf

einen positiven Wahlausgang für die Berliner Union im September. Sie verwies auf die Zugewinne der CDU in Sachsen-Anhalt. Dort lag die Partei noch 1998 bei lediglich 22 Prozent und steigerte sich bis 2002 auf 37 Prozent. Merkel: „Sie können das schaffen, wenn Sie sich nicht selbst im Weg stehen. Und das tun Sie, Gott sei Dank, seit einigen Wochen nicht mehr.“

